

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 79 (2001)
Heft: 3

Artikel: Wie steht es um die Gleichstellung der Frauen in Zürich? : Statistische Fakten
Autor: Heim, Dore
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-341617>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wie steht es um die Gleichstellung der Frauen in Zürich?

Statistische Fakten

Zahlen zur Beantwortung dieser Frage sind natürlich bloss Annäherungswerte, da die Erfolgschancen von Frauen, ihre Gleichstellung zu realisieren, je nach den persönlichen Lebensumständen auch unterschiedlich gross sind. Dennoch geben

Dore Heim

Statistiken Hinweise zur gesellschaftlichen Integration von Frauen, die über individuelle Voraussetzungen hinaus generelle Aussagen erlauben: Beispielsweise Statistiken zur Erwerbsbeteiligung von Frauen in Zürich, zur Einkommenssituation, zum Bildungsstand und zu den Berufschancen, zu ihrer politischen Partizipation, zur städtischen Subventionspolitik, Zahlen zu häuslicher Gewalt oder die aktuelle Situation hier in der Stadt betreffend ausserhäuslicher Betreuungsangebote.

Das Gleichstellungsbüro der Stadt Zürich feierte im letzten Jahr das zehnjährige Bestehen und recherchierte bei der Gelegenheit den Stand der Gleichstellung der Frauen in der Stadt.¹

Bestandesaufnahme in der Wirtschaft

Während der Wirtschaftskrise bis 1998 gingen in der Stadt Zürich über 40 000 Arbeitsplätze verloren. Frauen waren von diesem Stellenabbau zwar weniger betrof-

fen als Männer, sie profitierten aber in der Folge weniger stark vom Stellenboom in den neuen Dienstleistungsbranchen. Der Anteil der Frauen an den Stellensuchenden liegt seit 1994 in Zürich stets höher als ihr Anteil an den Erwerbstätigen und wesentlich mehr Frauen als Männer werden ausgesteuert. Gesamtschweizerisch lässt sich das Phänomen feststellen, dass Frauen im Gegensatz zu den 80er Jahren auch nach der Geburt von Kindern erwerbstätig bleiben. Wo noch in den 60er Jahren in der Stadt Zürich nur jedes sechste Kind unter 18 Jahren eine erwerbstätige Mutter hatte, bleiben Mütter heute zumindest teilweise erwerbstätig. In Zürich arbeiten zudem mehr Frauen Vollzeit als im landesweiten Durchschnitt, nämlich 54,4 Prozent gegenüber 46,2 Prozent. Rund die Hälfte aller erwerbstätigen Frauen in Zürich ist in den Branchen Detailhandel, Gastgewerbe, Gesundheits- und Sozialwesen angestellt, also in den typischen Niedriglohnbranchen. Ein nicht kleiner Teil von diesen Frauen muss mit ihrem Einkommen nicht nur sich selbst über die Runden bringen, sondern die Familienexistenz damit bestreiten. In Zürich ist in den letzten Jahren eine signifikante Zunahme der Einelternfamilien zu verzeichnen und zu 87 Prozent handelt es sich dabei um allein erziehende Frauen.

Dass sich schlechte Einkommensverhältnisse mit einer prekären finanziellen Lage im Alter fortsetzen, zeigt sich auch in Zürich: Die AHV-Zusatzleistungen werden in der Stadt vor allem an Frauen

¹ Geschlecht gleich Stellung. Frauen in der Stadt Zürich 1990–2000. Hrsg. Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann der Stadt Zürich, Zürich 2000.

ausgerichtet: Rund 70 Prozent dieser Zusatzleistungen gehen an (allein stehende) Frauen.

Nicht nur Teilzeitarbeit und Beschäftigung in Niedriglohnbranchen tragen zum Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern bei. Auch die Lohndiskriminierung von Frauen ist ein Baustein für deren schlechtere Einkommenschancen. Ein Trost – in den traditionellen Frauenberufen rumort es! Zwei ganz aktuelle Gerichtsurteile erzwangen Korrekturen im Lohngefüge bei den Kindergärtnerinnen und bei den Krankenpflegeberufen, Korrekturen, die den Kanton und die Stadt erheblich Geld kosten. Endlich, möchte man sagen, denn diesen Urteilen ging ein langjähriger Kampf hartnäckiger Berufsfrauen voraus. Dafür zahlt der Kanton nun im Gesundheitsbereich 280 Millionen Franken allein an Lohnnachzahlungen, die seit der Klageeinreichung aufgelaufen sind. Und in der städtischen Besoldungsrevision sollen ab 2002 die im Gesundheitsbereich Angestellten lohnmäßig besser eingestuft werden.

Die Einkommensdifferenz zwischen Männern und Frauen in Zürich wäre ein aussagekräftiger Indikator dafür, wie es um die Gleichstellung der Geschlechter steht. Aufgrund der Datenerfassung beim Steueramt kann diese Differenz aber nicht ermittelt werden. Die Einkommen der verheirateten Frauen werden nämlich noch immer unter das Einkommen ihres Ehemannes subsumiert. Die Ehefrau muss die Steuererklärung mitunterzeichnen, haftet solidarisch für die ganze Steuerschuld, taucht aber in den Einkommensstatistiken nicht mehr auf. Selbst bei Fällen, in welchen der Ehemann nicht erwerbstätig ist und die Ehefrau alleine für den Unterhalt der Familie aufkommt, wird das steuerpflichtige Einkommen statistisch als seines bezeichnet.

Die Wirtschaftskrise wirkte sich auch auf die städtischen Finanzen aus. Die Ver-

knappung der öffentlichen Gelder und eine verschärfte politische Stimmungslage, die sich in ausländerfeindlichen Parolen und einem antifeministischen Reflex äusserte, machte es im Gemeinderat äusserst schwierig, Mehrheiten für Beiträge an Frauen- und Migrantinnenprojekte zu finden. Dennoch war noch bis 1998 eine stete Zunahme der (kärghchen) öffentlichen Gelder für Gleichstellungsprojekte zu verzeichnen. Seit 1998 zeigt die Kurve allerdings wieder steil bergab. Das Frauenzentrum verlor in einer Volksabstimmung 1999 jegliche Finanzhilfe, ebenso wurden Subventionen für Gassenprojekte von Frauenprojekten und für die Notschlafstelle «Zora» gestrichen, jene für das Frauenhaus und den Mädchentreff gekürzt. Der Mädchentreff wurde infolge der Kürzung nun auf Sommer dieses Jahres ganz geschlossen. Unter dem Druck der aktuellen Entwicklung auf dem Drogenstrich hat die Stadt nun wieder eine Notschlafstelle für Frauen eingerichtet, für fast den doppelten finanziellen Aufwand, den der Mädchentreff «Zora» als Subvention erhielt. Die Gratisarbeit, die in Frauenprojekten geleistet wird und in deren Genuss die Stadt mit der Gewährung von Finanzbeiträgen kommt, müsste sparsame PolitikerInnen eigentlich Grund genug sein, die Existenz solcher Projekte längerfristig zu sichern. Dass sie dennoch immer wieder jeden noch so kleinen Beitrag für Frauenprojekte bekämpfen, kann nur ideologisch erklärt werden.

Bildung im Überblick

Im Bildungsbereich ist Erfreuliches festzustellen. Die Tendenz der besseren Schulleistungen von Mädchen gegenüber jenen von Knaben hat sich in Zürich verfestigt: Mehr Mädchen schaffen den Übertritt ins Gymnasium und absolvieren in der Folge eine Matura, weniger Mädchen benötigen Stützunterricht oder besuchen Sonderklassen. Nur in der Berufswahl

Im Bildungs-

bereich ist

Erfreuliches

festzustellen.

**Ausdruck einer
gleichstellungs-
feindlichen
Familienpolitik
war auch
jahrelang das
ungenügende
Angebot an
ausserhäuslichen
Betreuungs-
plätzen für
Kinder.**

hapert es noch immer; Mädchen wählen weit häufiger als Knaben kürzere Berufslehren in so genannten Sackgassenberufen, die eine weiterführende Berufsbildung mit Berufsmaturität und anschließenden Fachhochschulabschlüssen nicht zulassen. Zu einem sehr frühen Zeitpunkt nehmen Mädchen eine Weichenstellung vor für «zuerst Familie und dann Beruf», während sich Knaben mit der Vereinbarkeit der beiden Lebensrealitäten noch immer kaum auseinandersetzen. Die Folge davon sind höchst ungleiche Erwerbs-einkommenschancen. Seit 1997 ist insofern eine Trendwende bei den jungen Frauen zu beobachten, als ihr Anteil an Berufsmaturitäten und Fachhochschulen stetig zunimmt, auch wenn die Frauen immer noch eine Minderheit darstellen. Aufgeholt haben die Frauen an der Universität; über alle Studiengänge hinweg stellen sie mittlerweile fast die Hälfte der Studierenden und immerhin ein Drittel der DoktorandInnen sind Frauen.

Frauen in politischen Ämtern

Wiewohl die Stadt seit 1998 endlich eine fast ausgewogene Exekutive vorzuzeigen hat, stagniert das Geschlechterverhältnis in der Legislative, im Gemeinderat, seit den letzten beiden Wahlen (1994 rund 38 Prozent Frauen, 1998 rund 36 Prozent). Da ist Zürich keine Ausnahme; auch gesamtschweizerisch liess sich in den Parlamentswahlen von 1999 erstmals seit Einführung des Frauenstimmrechts sogar ein leichter Rückgang des Frauenanteils feststellen. Das verschärfte politische Klima, welches bei rechten Parteien zu einem massiven Stimmenzuwachs führte, hat sicher dazu beigetragen, da diese Parteien nur wenige Kandidatinnen auf ihren Wahllisten vorzuweisen haben. Die Ausmarchung erfolgt zwischen SVP und SP, eine kleine Partei wie die FraP!, die konsequent nur Kandidatinnen aufstellt und eine klare Gleichstellungspolitik verfolgt, hat in diesem Machtkampf das Nachse-

hen. Gerade noch einen Sitz hält sie seit 1998 im Zürcher Gemeinderat.

Und die Familienpolitik?

Ausdruck einer gleichstellungsfeindlichen Familienpolitik war auch jahrelang das ungenügende Angebot an ausserhäuslichen Betreuungsplätzen für Kinder. Arbeitgeber zeigten bis anhin vor kurzem ein völliges Desinteresse, sich mit dem Problem der Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu befassen. Dies hat sich radikal geändert, seitdem die Firmen wieder vermehrt auch gut qualifizierte Frauen benötigen. Nun investieren die Arbeitgeber, indem sie selbst Krippen initiieren oder solche mitfinanzieren. Auch das Zürcher Sozialdepartement ging kürzlich in die Offensive und will nun massiv mehr Gelder für die Unterstützung privater Krippenprojekte bereitstellen. Noch immer ist das Angebot unzureichend und nicht gelöst ist das Problem für einkommensschwache Familien, gerade eben auch für allein Erziehende, wie sie die teuren Krippenplätze überhaupt bezahlen sollen. Frauen müssen da äusserst anstrengende Betreuung-Erwerbsarbeit-Kombinationen durchziehen, um Kosten für eine ausserhäusliche Betreuung zu vermeiden. Das BfG hat in einer aktuellen Untersuchung zu flexibilisierten Arbeitsverhältnissen in der Stadt bei sieben Firmen unter anderen auch mit allein erziehenden Mitarbeiterinnen gesprochen. Diese versuchen, entweder mit Unterstützung aus dem privaten Umfeld oder durch Einsätze in Randstunden zu vermeiden, dass die Kinder ausserhäuslich betreut werden müssen. Eine Mitarbeiterin arbeitet beispielsweise nachts in einem Restaurant-Bar-Betrieb, weil da ihr Kind schläft und sie es dann allein lassen kann.²

Jede Statistik kämpft mit Dunkelziffern, am ausgeprägtesten dort, wo Zahlen zu

² Qualifikation: Flexibel. Eine Analyse im Niedriglohnbereich am Beispiel von 7 Zürcher Firmen. BfG, 2000.

sensiblen Bereichen erhoben werden. Ein wichtiges gleichstellungspolitisches Thema der letzten Jahre ist häusliche Gewalt gegen Frauen. Das Ausmass dieser Gewalt kann durch Zahlen nur höchst ungenau erfasst werden. Erst wenn es zu Anzeigen bei der Polizei und zu Strafverfolgungsverfahren kommt, werden Gewalttaten «gezählt». Und auch diese Zahlen werden in Zürich erst seit 1998 nach häuslicher Gewalt aufgeschlüsselt. Die Zürcher Stadtpolizei verzeichnete 1998 193 Anzeigen und 1999 deren 258, wovon in 238 Fällen die Opfer weiblich waren. Diese Zahlen mögen hoch scheinen und sind doch nur ein Bruchteil jener alltäglichen Gewalt, die so erfasst wird. Meistens schweigen Frauen über die Gewalttaten, denen sie ausgesetzt sind, manchmal suchen sie eher Beratungsstellen auf als dass sie den Schritt zur Polizei wagen. Mit dem Zürcher Interventionsprojekt gegen Männergewalt ZIP initiierten das Gleichstellungsbüro und die ehemalige Fachstelle Gewalt gegen Frauen und Kinder im Sozialdepartement eine Institutionen übergreifende Zusammenarbeit von Polizei, Staatsanwaltschaft, Eheschutzrichter, Vormundschaftsbehörden mit Frauenhaus und Migrantinnenprojekten. Neue Strategien zur Verbesserung des Schutzes der betroffenen Frauen wurden ausgearbeitet, und seit diesem Frühjahr bietet das Frauenhaus mit der ambulanten Beratungsstelle bif hier in Zürich (finanziert im ersten Betriebsjahr durch die Stadt) den betroffenen Frauen die Möglichkeit, sich sofort Unterstützung zu holen.

Neue Lebensentwürfe von Frauen

Im Jahre eins des neuen Jahrhunderts hat eine Frau – und dies mag schon als Fortschritt gelten –, die sich für einen Lebensentwurf entscheidet, der sich strikte an einer Berufskarriere ausrichtet und gemeinhin als typisch männlich gilt, recht intakte Chancen, diesen zu verwirklichen. Allerdings ist der Anteil von Frauen

in Kaderpositionen privater Unternehmen und staatlicher Verwaltungen auch in der schweizerischen Wirtschaftsmetropole noch immer verschwindend klein und die Anpassungsleistung der Frauen, die es «nach oben» schaffen, noch immer entsprechend gross.

Nach wie vor konflikthaft sind für Frauen die «Sowohl-als-auch»-Lebensentwürfe: Strecken sie sich nach der Decke, arbeiten bloss Teilzeit während der Kleinkinderphase oder steigen beruflich vorübergehend aus, droht ihnen das berufliche Abstellgleis und die Verarmung im Alter. Schlicht als masslos gelten Frauen, wenn sie alles zugleich wollen: Beruf ausüben und Kinder haben, gar noch ein öffentliches Amt ausüben. Was für Männer dank der Unterstützung ihrer Partnerinnen durchaus realistisch ist, stellt für Frauen noch immer die Ausnahme dar. Die Organisation von solch «masslosen Ansprüchen» bleibt Sache der Frau. Gratisarbeit von Frauen wird als Selbstverständlichkeit vorausgesetzt, aber Kosten, welche dem Staat durch die Einrichtung von Krippenplätzen entstehen, werden gemeinhin als Kosten verstanden, die Frauen verursachen. Dass es das «vaterlose» Gesellschaftssystem ist, welches uns alle teuer zu stehen kommt, wird dabei nicht bedacht. Will ein Paar mit Kindern aber die Gleichstellung durch geteilte Verantwortlichkeiten leben, indem beide nur Teilzeit arbeiten, werden sie im Alter dann gemeinsam dafür bestraft, indem sie kaum in den Genuss von komfortablen Pensionskassenbeiträgen kommen.

**Nach wie vor
konflikthaft sind
für Frauen die
«sowohl als
auch»-Lebens-
entwürfe.**

So kann Gleichstellung aber nicht gemeint sein. Wir sind im neuen Jahrhundert angekommen und wollen die Formel «Geschlecht gleich Stellung» endlich knacken. Dazu gehört die gesetzliche Besserstellung von partnerschaftlich gelebten Lebensentwürfen. Dazu gehört ein klares politisches und handfestes finanzielles Bekenntnis der öffentlichen Hand, Frauen zu gleichen

Teilen wie Männer an staatlichen Leistungen partizipieren zu lassen.

Die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern bezüglich bezahlter und unbezahlter Arbeit ist einer der Schlüsselbereiche für die Gleichstellung. Erst eine ausgeglichene Arbeitsteilung wird die Segregation in Frauen- und Männerberufe

aufweichen helfen, den Frauen die selben Einkommenschancen geben und ihre gesellschaftliche Gleichstellung erwirken.

Dore Heim ist Historikerin und Leiterin des Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann der Stadt Zürich